

Nach dem Parteitag : der Kampf

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

werde und bleibe, von dem Rosa Luxemburg in bezug auf Deutschland schrieb. Die Bourgeoisie weiß, daß jeder, der von ihrem Giftbaume ißt, im kommenden Sturm widerstandsunfähig sein wird und untergehen muß. Ihm wird das gleiche Schicksal blühen wie den Sozialdemokraten anderer Länder, die mit dem System auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wurden. Weil wir das *nicht* wollen, *bekämpfen wir jede engere Verknüpfung der Sozialdemokratie mit dem Bestehenden und propagieren den Kampf ums Ganze im Sinne des Plans der Arbeit.*

Nach dem Parteitag: Der Kampf

Von Ernst Reinhard.

Die Programmrevision wird in dem Augenblick durchgeführt, da die Schweiz von einem Ring faschistischer Staaten umklammert ist: der Norden, Osten und Süden ist Gebiet des Faschismus; nur im Westen steht noch eine demokratische Türe offen — wie lange, das hängt von der Politik der französischen Sozialistischen Partei ab. Für sie gilt wie für uns: Der Faschismus wird genau das, was wir ihn werden lassen.

In der Schweiz selbst setzt der Faschismus zu einem umfassenden Angriff an. Dies wird nicht für die Fronten festgestellt, die trotz augenblicklicher Teilerfolge in Zürich und Schaffhausen keine Aussicht haben, das politische Gesicht der Schweiz zu formen. Der Faschismus bedient sich der in wachsendem Maße faschisierten bürgerlichen Parteien. Der Faschismus der Fronten stößt große Massen ab und verfeindet sich die bürgerlichen Parteien; der Faschismus aber, den der »Bund für Volk und Heimat« mit großen Mitteln, deren Herkunft unschwer zu erraten ist, in die bürgerlichen Parteien hineinträgt, hat den großen Erfolg zu verzeichnen, faschistisches Gedankengut in die Denkweise aller bürgerlichen Parteien hineingeschmuggelt zu haben. So vollzieht sich bei uns der Faschisierungsprozeß unter ganz andern Gesetzen als in Deutschland, Oesterreich, Spanien und Italien; es ist keine stoßkräftige faschistische Partei da, aber sie ist auch unnötig, da die bürgerlichen Parteien die faschistischen Postulate übernehmen und für eine kalte Faschisierung besorgt sind.

Am deutlichsten zeichnet sich dieser Prozeß bei der Katholisch-konservativen Volkspartei ab. Sie hat das Ständestaatsprogramm der Enzyklika *Quadregesimo anno*, deren ungeheure politische Bedeutung in den nichtkatholischen Kreisen aus Unkenntnis und Ueberheblichkeit nicht ermessen werden kann, ganz zum Leitmotiv ihres politischen Handelns gemacht und verfolgt es mit der ihr eigenen Zähigkeit, Schlaueit und lächelnden Brutalität. Sie lehnt selbstverständlich die Behauptung ab, daß der Stände- oder Korporationenstaat unmöglich sei ohne Faschismus, genau wie der Faschismus unmöglich ist ohne Korporationen- oder Ständestaat. Aber sie läßt doch kaum Zweifel darüber, daß sie das österreichische Beispiel nachahmenswert findet, nicht nur

im Ziel und der staatlichen Organisation, sondern nötigenfalls auch in den Methoden, die zur Eroberung der Macht führen. Die völlige Zerschmetterung aller marxistischen Parteien ist ihr Ziel, der Ständestaat nur ein Mittel dazu, und dieses Ziel verfolgt sie mit jener Konsequenz, die an Jahrhunderten und Generationen geschult ist. Das macht den helvetischen Klerikofaschismus zur eigentlichen Gefahr.

Es kann ihm daher nur recht sein, wenn von freisinniger Seite her Sukkurs, wenn auch unfreiwilliger, kommt; das geschieht durch die Ständestaatsbewegung, die von Nationalrat Schirmer inauguriert wird. Hier wirklich ehrliche Versicherungen, daß man nicht entfernt an Faschismus glaube; aber es fehlt die Einsicht, daß gewisse Dinge ihre Gesetzmäßigkeit haben. Es gibt keine politischen Shylockrechnungen; man kann kein Fleisch aus einem Körper schneiden, ohne Blut zu vergießen; man schafft nicht den Ständestaat, ohne politisch dem Faschismus die Türen aufzureißen. Es ist keine ständische Ordnung möglich ohne die Gewalt eines autoritären Staates. Ob diese freisinnigen Ahnungslosen es wollen oder nicht: sie helfen dem Klerikalismus in seiner neuesten Form auf die Füße, sie werden zu Eideshelfern des römischen Faschismus und seines christlichen Ständestaates.

Doch paßt dies genau in die klägliche Rolle, welche der Freisinn aller Schattierungen heute freiwillig übernimmt. Die faschistische Tatgemeinschaft wirbt für eine Totalrevision der Bundesverfassung und bringt mit Ach und Krach die nötigen Unterschriften zusammen; die Jungliberalen werben zur gleichen Zeit für eine Totalrevision der Bundesverfassung; nicht einen Augenblick kommt ihnen in den Sinn, daß sie damit indirekt dem von ihnen bekämpften Faschismus Gefechtshilfe leisten. Sie bringen allein die nötige Unterschriftenzahl nicht auf. Jetzt aber, da die Revision der Bundesverfassung einzig und allein von den erklärten Faschisten verlangt wird, da die Revision also deutlich und sauber erkenntlich beschlossen werden soll, um den Faschismus in der Schweiz verfassungsmäßig zu verankern, jetzt, da der Inhalt dieser Revision offen zutage tritt in seiner der jungliberalen Auffassung feindlichen Ideenwelt, jetzt setzen sich die Jungliberalen weiter für die Totalrevision ein! Doch ist den Jungen ihre Verblendung zugute zu halten, weil sie sich schließlich noch zutrauten, im entscheidenden Augenblick der Totalrevision einen ganz andern Gehalt zu geben, als ihre faschistischen Verfechter gewollt hatten. Sie haben heute das Bild einer phänomenalen Ahnungslosigkeit der Alten in der Aarauer Rede des Bundesrats Schultheß vor sich.

Musy wollte mit seinem Deflationsprogramm den Faschismus. Bei ihm war letzten Endes alles logisch und weltanschaulich verankert; er war ein Kerl aus einem Guß, ein schweizerischer Macchiavell. Schultheß fühlte sich als der politische Gegner, der mit dem Deflationsprogramm Musy nichts zu tun haben wollte. Das sind die Tatsachen, und jene Behauptung, als ob Schultheß mit seiner Programmrede nur das etwas lauter gesagt habe, was er früher leiser vorgetragen habe, sind falsch; man darf, wenn man diese Dinge entstellen sollte, nicht allzusehr auf unser courtoises Schweigen zählen.

Schultheß schwenkt in die Front des katholischen Faschismus ein; daß er es blind tut, ist für ihn ebenso wenig eine Entschuldigung wie für die freisinnigen Führer, die sich zuerst entrüstet und empört zeigten über die Rede des Herrn Schultheß, die heute aber wieder mannhaft und bieder vor ihm kriechen. Jener Canossagang der bürgerlichen Parlamentarier ist nicht ohne die intensivste Mitarbeit der Bankkreise und ihrer engsten Vertrauten zustande gekommen; un schwer erkennt man darin die Hand Roman Abts, der im Interesse und Auftrag des Bundes für Volk und Heimat die allbürgerliche Sammlung betreibt, der er auch schon das halbfaschistische Programm gegeben hat.

Kommt es auf sie an, dann wird die Demokratie auf Abbruch verkauft. Der Anfang soll gemacht werden in der Entstaatlichung der Bundesbahnen; der politische Erfolg wäre gewaltig; Entrechtung des Volkes, Entrechtung der Eisenbahner und damit ihre Eliminierung aus der Front des arbeitenden Volkes. Die Fortsetzung findet sich in den politischen Forderungen des Schultheß-Programms, die wiederum jene fassungsbrecherische Notstandspolitik verlangt, die Musy im großen mit seinem Finanzprogramm krönte. Wie weit wir es schließlich gebracht haben, zeigte in blitzartiger Beleuchtung ein kleiner Vorgang während der letzten Session: Am Mittwoch tobt Vallotonde Freudenreich gegen die Verfassungswidrigkeit der Weinststeuer — am Donnerstag darauf reicht er eine Motion ein, welche vom Bundesrat einen Verfassungsbruch verlangt, damit die sozialistische Presse besser verfolgt werden könne.

Dies alles sind nur kleine Bächlein, die aber durch eines weisen Lenkers Willen in den gleichen Strom einmünden, in denjenigen des helvetischen Klerikofaschismus und der Enzyklika Quadrogesimo anno. Nichts dient dieser Politik besser als das Trübe jener bürgerlichen Unbestimmtheit, jenes wechselnde Hin und Her, jene Begriffs- und Gedankenverworrenheit, die sich jetzt der bürgerlichen Parteien bemächtigt hat. In jener brodelnden Retorte bürgerlicher Unruhe kristallisiert sich langsam, doch sicher der faschistische Kern heraus; die Quadrogesimo anno hat ihm den Kristallisationspunkt geliefert; sie ist das einzig klare in der allbürgerlichen Verwirrung. Sie weiß die Dienste der Fronten genau so für sich auszunützen, wie die Seelenangst des Herrn Schultheß und die Vertrauensseligkeit der Jungliberalen, die Ehrlichkeit der gewerblichen Ständepolitik, die finanziellen und organisatorischen Kräfte des Bundes für Volk und Heimat, die Gewirbigkeit des Herrn Abt und die Budget-Alpträume des Herrn Pilet. Dieser Politik müssen alle Dinge zum besten dienen.

Um einer solchen Gefahr durch die Sozialdemokratische Partei entschlossen und siegreich entgegentreten zu können, reichte das alte Programm nicht aus. Aus anderer Situation geschaffen, ist es auch Werkzeug für eine vergangene Lage. Wir brauchen Werkzeug, Waffe und Methode für den Kampf, in dem wir heute stehen; es ist der entscheidende Kampf zwischen der sozialistischen Demokratie, die wir wollen und die in der Zukunft liegt, und dem Faschismus, der schon

weiter fortgeschritten ist, als die meisten von uns ahnen. Dies neue Werkzeug eines revidierten Programms der Partei versagen, können nur Leute, welche den ganzen Kampfraum nicht zu übersehen vermögen, welche die Kräfte des Gegners nicht kennen, die eigenen aber in falschem Stolz überschätzen.

Eine solche Revision bedeutet notwendigerweise eine Umgruppierung; jede Umgruppierung einer kämpfenden Armee ist gefährlich, weil sie sie für einen bestimmten Zeitraum lähmt. Wir haben diese Lähmung, die Schwächung der Kampfkraft unserer Partei in den letzten Monaten bitter empfunden und wünschen nichts dringender und sehnlicher, als diesen Abschnitt möglichst rasch und endgültig verlassen zu sehen; und möge uns ein gütiges Geschick davor bewahren, daß wir nicht noch durch eine Urabstimmung für weitere sechs Wochen gelähmt werden; das wäre nicht mehr zu ertragen. Die Umgruppierung muß rasch fertig werden; am Montag schon nach dem Parteitag muß die Partei schlagfertig und munter dastehen, zorniger und zum Streit gerüstet; — denn im Jahre 1935 gilt es! Der Parteitag muß diese Periode der Untätigkeit nach außen abschließen; nach dem Parteitag hat die Partei gesprochen; möge der Entscheid nun fallen, wie er wolle, er ist Parteirecht und für alle gültig.

Nachher heißt es: Bahn frei für neue Arbeit! Wir haben nie, solange die Partei besteht, die Aussicht auf ein mit Arbeit und Kampf so überreiches Jahr gehabt, wie die auf das Jahr 1935; wir begrüßen den Kampf; denn es ist der Kampf zwischen der Front der Arbeit und der Freiheit und derjenigen der Hörigkeit und des Faschismus.

Daß wir die Kämpfe gegen das neue Deflationsprogramm Schultheß, gegen das Finanzprogramm II mit seinen Massen- und Konsumsteuern, gegen die Entstaatlichung der Bundesbahnen, gegen die Entrechtung der Presse, gegen den Abbau der Demokratie, gegen die Verschlechterung der sozialen Lage aller Arbeitenden mit aller Härte und Schärfe führen werden, braucht nicht erst betont zu werden; der Grundsatz besteht immer noch zu Recht, daß man Kämpfe mit dem Einsatz der vollen Kraft oder gar nicht führt. Wenn wir schon kämpfen müssen, dann ernsthaft!

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben; wir wollen nicht nur Defensivkämpfe führen, um Anschläge der Gegner abzuwehren, sondern jeden Kampf dazu benützen, zur Offensive überzugehen.

Dem Plan Schultheß stellen wir die Ideen der Krisen-Initiative und des Plans der Arbeit gegenüber; dem Finanzprogramm II, das wiederum von den Banken diktiert ist, das Finanzprogramm des arbeitenden Volkes. Für beide Probleme erhält der Parteitag Vorlagen, die zum Beschluß erhoben werden sollten. Gegenüber der Entstaatlichungspolitik vertreten wir die Ideen einer planvollen Gemeinwirtschaft, wie sie in den Vorschlägen des Eisenbahnerverbandes und im Plan der Arbeit enthalten sind. Auch hierüber wird der Parteitag zu entscheiden haben. Gegenüber dem Abbau der Demokratie verlangen wir die Hochhaltung der Volksrechte; das spricht unsere Presse-Initiative aus; sie ist schon im Volke; weiter aber geht das Verlangen

nach Ausbau der politischen Demokratie zur wirtschaftlichen des Sozialismus, wie der Plan der Arbeit sie schaffen will. Treten wir in die Kämpfe um die Verlängerung der Rekrutenschulen ein, dann werden wir dem Volke klar sagen müssen, was wir unter einem sozialistischen Wehrprogramm verstehen, das nicht identisch sein kann mit demjenigen des Generalstabes. Wird die Totalrevision der Bundesverfassung zur Abstimmung kommen, dann geht es für uns darum, dem Volke die Grundzüge einer Bundesverfassung klarzumachen, die auf den Gedanken der sozialen und sozialistischen Demokratie beruht. In allem gilt es so, Klarheit zu schaffen und der Unsicherheit der absterbenden, bürgerlichen Demokratie die Sicherheit, Geschlossenheit und den kämpferischen Mut der jungen, sozialen und sozialistischen Demokratie gegenüberzustellen, den demokratischen Grundgedanken neuen Halt zu geben und daran unbeirrt festzuhalten, auch wenn wir in diesem Kampfe in kritische Situationen geraten könnten.

In diesem Zeichen werden auch die Nationalratswahlen zu einem gewaltigen Ringen um die Neugestaltung des Staates und um die politische Macht werden. Wir können hier so wenig wie in andern Kämpfen mit einem Uebermaß von materiellen Mitteln rechnen; die Gegner ahnen nicht, wie gering für die großen Kämpfe unsere materiellen Mittel sind. Aber das entscheidet nicht! Hier allein gilt der kämpfende Mensch — und wenn der Faschismus die Banken hinter sich hat, so haben wir eine Armee von 60,000 organisierten Parteigenossen, die alle in den kommenden Kämpfen restlos ihre Pflicht tun, neue Kämpfer mitreißen werden. Unsere Kampfkraft beruht auf unseren Vertrauensleuten — und auf diese sind wir stolz!

Wenn aber diese Vertrauensleute ihre Pflicht tun sollen, dann besteht für alle, sie mögen nun stehen wo sie wollen, die Pflicht, sich der Grundsätze wohl bewußt zu sein, die für alle Aktionen der Partei gelten: Größte Freiheit in der Diskussion um die zu fassenden Parteibeschlüsse; größte Disziplin in der einmal beschlossenen Aktion! Die Parteidemokratie ist in der Bildung der Parteibeschlüsse über das Parteiprogramm auf das strengste gewahrt worden; wir haben uns peinlich gehütet, den Apparat der Partei etwa zu benützen, um die Parteivorstandsminderheit mundtot zu machen; daß wir die Beschlüsse des Parteivorstandes verteidigten, ist allerdings ebenso unser Recht, wie unsere Pflicht. Aber wenn dieses Stadium abgeschlossen ist, dann hört die parteiinterne Diskussion auf; dann gilt nur die Aktion, die aber dann ganz. Die Partei darf nicht in der Diskussionitis ersticken; sie ist eine Partei des Kampfes, eine Partei zur Eroberung der Macht in Staat und Wirtschaft. Den Kampfwillen hat die Partei ungebrochen, stärker als je; in der Durchsetzung dieses Willens wird sie sich von niemandem stören lassen. Wir haben die Aufgabe, diesen isolierten Posten der Demokratie zu halten; wir werden ihn halten; mehr als das, wir werden ihn, mit einer neuen Volksmehrheit, ausbauen zu einer jungen und starken Demokratie, mitten im faschistischen Europa, unverzagt.